

## Etatrede von Stadtdirektor und Stadtkämmerer Martin Murrack

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

gerade haben wir von unserem Oberbürgermeister gehört, welche Leistungsverbesserungen für die Duisburger Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren erreicht wurden. Nach einigen guten Jahren mit geringen Zinsen und stetig steigenden Steuereinnahmen konnten wir die Überschuldung überwinden und neben der allgemeinen Rücklage auch bereits eine kleine Ausgleichsrücklage aufbauen, so dass unser Eigenkapital mit dem Jahresabschluss 2023 auf insgesamt 315,9 Mio. Euro angewachsen ist. Wenn ich Ihnen vor sechs Jahren gesagt hätte, dass wir zu den wenigen Städten gehören, die mit einem ausgeglichenen Haushalt planen, hätten Sie herzhafte mit mir gelacht. Wir haben eine beachtliche Entwicklung gemacht. Dank guter Beschlüsse im Rat und Dank einer strikten und konsequenten Haushaltsführung. Deshalb haben wir jetzt auch etwas, und ich betone etwas Spielraum, um in schwieriger werdenden Jahren nicht direkt wieder in die Haushaltssicherung zu rutschen.

Derzeit befinden wir uns nämlich wieder in einer äußerst schwierigen Ausgangslage ohne einfache Lösungen. Die Weltwirtschaft ist durch den Dauerkrise-Modus so fragil wie seit der Finanzkrise im Jahr 2008 nicht mehr. Bundesweit stagnierende Steuereinnahmen bei anhaltender Inflation machen auch der Stadt Duisburg stark zu schaffen. Die Lücke zwischen Erträgen und Aufwendungen wächst täglich.

Trotz der beeindruckenden Leistung der vergangenen Jahre stehen wir nunmehr vor neuen Herausforderungen, die uns große Disziplin abverlangt.

Die Einbringung des Haushaltsplans erfolgt nach dem diesjährigen Einzelhaushalt als Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 in einer Fassung mit leichten Überschüssen in jedem Jahr.

In der finanziell unsicheren Zeit, in der wir uns aktuell bewegen, war es jedoch nicht leicht und es hat die Verwaltung viel Kraft und Mühe gekostet, einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem auch mittelfristig positive Jahresergebnisse erzielt werden. Er ist unter der Prämisse ausgeglichen, dass wir zum Haushaltsausgleich – wie bereits im laufenden Jahr - eine globale Minderausgabe einplanen – in Höhe von 1 Prozent.

### 1. Eckpunkte des Haushaltsplans

Der vor Ihnen liegende Haushaltsplanentwurf ist, wie seit 2016 jeder Haushalt in Duisburg, planerisch ausgeglichen. Damit wird unser Anspruch unterstrichen, nach Auslaufen des Stärkungspaktgesetzes sowie erfolgreicher Beendigung des Haushaltssicherungskonzeptes weiterhin selbst über die Finanzen der Stadt Duisburg zu bestimmen. Zunächst werden wir die Jahre 2025 und 2026 mit einem knappen Plus von 0,2 Mio. Euro abschließen. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung sieht unsere Kalkulation positive Jahresergebnisse vor: Sie belaufen sich auf 0,1 Mio. Euro in den Jahren 2027 bis 2029.

Sowohl im Ertrag als auch im Aufwand beträgt das Haushaltsvolumen 2,4 Mrd. Euro in 2025 und 2,5 Mrd. Euro in 2026, dies entspricht bei den

Stadt Duisburg  
Der Oberbürgermeister  
Amt für Kommunikation  
Pressestelle

Burgplatz 19  
47051 Duisburg

0203 283 -2197  
kommunikation@stadt-duisburg.de

duisburg.de



Kontakt

0203 283  
Anja Kopka (Ltg.) -4442  
Jörn Esser (stellv. Ltg.) -2002  
Maximilian Böttner -4140  
Falko Firlus -7343  
Sebastian Hiedels -2817  
Peter Hilbrands -3109  
Svenja Kassner -4743  
Gabi Priem -2820  
Susanne Stöltzing -2323  
Malte Werning -5845  
Christoph Witte -2197

Aufwendungen eine Steigerung von gut 161 Mio. Euro in 2025 und weiteren 68 Mio. Euro in 2026.

Wie der Oberbürgermeister bereits ausgeführt hat, konnten wir dank der Spielräume im Haushalt in den letzten Jahren an vielen Stellen nachsteuern – so auch im Bereich Personal. Das war und ist gut und wichtig. Wir konnten endlich wieder neue Stellen schaffen, auf einem Rekordniveau ausbilden und weil wir mittlerweile wieder einen guten Ruf als Arbeitgeber haben, bekommen wir unsere Stellen auch tatsächlich besetzt. Das ist positiv nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, die einen besseren Service bekommen, sondern auch für unsere Kolleginnen und Kollegen!

Aber es ist natürlich nicht ohne Folgewirkungen für den Haushalt: bereits mit dem Haushaltsentwurf haben wir den Personaletat erheblich aufgestockt mit 13 Mio. Euro auf 490 Mio. Euro in 2025 und weiteren 2 Mio. Euro auf 492 Mio. Euro in 2026. Nicht zuletzt durch die guten Tarifabschlüsse, aber auch unsere erfolgreichen Stellenbesetzungsverfahren, werden wir mit der VNOB hier noch deutlich nachsteuern müssen.

Wesentliche Steigerungen zeigen sich auch in den Sozialleistungen wie den Hilfen zur Erziehung, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie den Kosten der Unterkunft (KdU). Diese steigen in 2025 um 73 Mio. Euro auf insgesamt 796 Mio. Euro und um weitere 19 Mio. Euro auf 815 Mio. Euro in 2026.

Daran wird deutlich, dass trotz der höheren Übernahme der Kosten bei der KdU durch den Bund, weiterhin eine erhebliche Unterfinanzierung im Bereich der Soziallasten besteht. Wir als Stadt Duisburg aber auch die Kommunen bundesweit fordern, dass die Städte eine angemessene Finanzausstattung zur Finanzierung der ihnen übertragenen Aufgaben bekommen. Aus eigener Kraft ist eine dauerhafte Finanzierung durch die Städte nicht finanzierbar.

Die in den letzten Jahren angegangenen und notwendigen Baumaßnahmen, z. B. im Bereich der Schulen und Kindertageseinrichtungen, zeigen aufgrund ansteigender Mietansätze mittelfristig ebenfalls ihre Wirkung auf den Haushalt. Um einerseits dem bestehenden Bedarf gerecht zu werden aber gleichzeitig die finanzielle Belastung der Stadt in einem angemessenen Maß zu steuern, werden wir über Standards reden und diese verbindlich vereinbaren.

## **2. Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen**

Neben den gerade thematisierten Aufwandssteigerungen hat uns Anfang August eine zusätzliche Nachricht herausgefordert. Die Schlüsselzuweisungen, die dank sprudelnder Steuererträge auf Landesebene in der Vergangenheit stets stiegen, brechen nun deutlich ein. Die Lücke, die sich mit der Veröffentlichung der Arbeitskreisrechnung aufgetan hat, ist groß.

Trotz Steigerung der Gesamt-Schlüsselzuweisungen der Gemeinden um 2,34 Prozent im Jahr 2025 gem. der Eckpunkte zum GFG 2025 von Juli dieses Jahres, sinken die Zuweisungen für die Stadt Duisburg gegenüber der bisherigen Planung im Jahr 2025 um knapp 14 Mio. Euro. Dies ist nicht nur auf unsere robuste Gewerbesteuerentwicklung, sondern insbesondere auf die Absenkung des Soziallastenansatzes zurückzuführen – für eine Stadt wie Duisburg mit absolut fatalen Folgen.

Dieser Negativtrend wird sich leider auch in den Folgejahren fortsetzen. Im Vergleich zu dem heute eingebrachten Haushaltsentwurf werden uns in 2026 rund 23 Mio. Euro und in 2027 rund 24 Mio. Euro fehlen.

Besonders bitter ist in diesem Kontext, dass die Ergebnisse des Zensus 2022 bislang keine Anwendung im GFG 2025 finden, obwohl diese im Länderfinanzausgleich zu einer Verbesserung der Landeseinnahmen führen. Duisburg würde – im Gegensatz zu Städten wie Köln, Düsseldorf, Bochum, Essen und vielen anderen – von der Berücksichtigung der aktuellen Einwohnerzahlen stark profitieren, da die beim Zensus 2022 erhobenen Einwohnerzahlen der Stadt Duisburg um 0,2 Prozent höher ausgefallen sind als zuvor angenommen wurde.

### **3. Kommunale Altschuldenlösung**

Der Oberbürgermeister hat es gerade angesprochen: Zwar löste die Landesregierung NRW im Juni dieses Jahres ein zentrales Versprechen des Koalitionsvertrags ein und beschloss die Eckpunkte einer Altschuldenlösung für den Abbau des Bestandes an kommunalen Liquiditätskrediten ab 2025. Das begrüße ich sehr. Doch die rasche Umsetzung dieser Lösung lässt weiter auf sich warten.

Auch der Bund hat schon seit Jahren eine Beteiligung an den Altschuldenlösungen in Aussicht gestellt, jedoch finden sich im aktuellen Haushaltsplanentwurf des Bundes für das Jahr 2025 hierfür keine Mittel. Des Weiteren ist für eine solche Beteiligung des Bundes eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich. Hierfür sind Zweidrittel-Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat nötig. Regierung und Opposition sind hier also gleichermaßen gefordert.

Solange es keine gesetzliche Grundlage in NRW gibt, kann ich planerisch auch nicht von einer Altschuldenlösung ausgehen. Die Zinsen für die Kassenkredite, die wir deutlich von 1,6 Mrd. Euro auf unter 800 Mio. Euro abgebaut haben, belaufen sich auf rd. 16 Mio. Euro pro Jahr; allein innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung ergibt sich so ein Schuldendienst von gut 80 Mio. Euro. Trotz Schuldenabbau ist das Thema also nach wie vor wichtig für uns.

### **4. Schluss**

Wir werden die nächsten Wochen bis zum Beschluss des Haushalts im November nutzen, um Lösungswege zu gestalten. Im Rahmen der VN-OB werden wir eine weitere Erhöhung der globalen Minderausgabe in Betracht ziehen müssen. Neben der Kompensation der wegbrechenden Schlüsselzuweisungen zeigen sich im Haushaltsvollzug 2024 Nachsteuerungsbedarfe sowohl bei den Sozialleistungen als auch bei den Personalaufwendungen. Wir werden daher weitere Ansätze für die Aufstellung eines genehmigungsfreien Haushaltes prüfen und ich bin optimistisch, dass wir einen Lösungsweg erarbeiten werden, der ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen auskommen wird.

Es zeichnet sich aber bereits ab, dass wir nicht umhinkommen werden, den Haushalt teilweise durch eine Entnahme aus der bis zum 31.12.2023 auf knapp 144 Mio. Euro angewachsenen Ausgleichsrücklage fiktiv auszugleichen.

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben in den letzten Jahren unsere Hausaufgaben gemacht und haben uns mit dem Aufbau der Ausgleichsrücklage den notwendigen Raum geschaffen, der uns nun handlungsfähig macht. Das ist auch gut so.

Anzumerken ist, dass sich Duisburg nicht allein in dieser prekären Lage befindet. Nach einer aktuellen Umfrage gehen die meisten Städte in NRW nicht mehr davon aus, dass sie in 2024 einen ausgeglichenen Jahresabschluss haben werden.

Umso wichtiger ist es, das Land und auch den Bund an ihre Verantwortung gegenüber den Kommunen zu erinnern und unsere Forderungen der letzten Jahre lautstark zu wiederholen und mit Vehemenz zu vertreten.

Wir fordern:

- eine ausreichende finanzielle Ausstattung durch Bund und Land – der einfachste Weg wäre hier die Anhebung der Verbundquote von 23 auf 25 Prozent. Das würde – **grob** überschlagen eine Entlastung in einer Größenordnung von 40 Mio. Euro für Duisburg bedeuten. Nachdem der Bund bei den KDU vorgelegt hat, wäre das ein folgerichtiger Weg des Landes NRW
- die strikte Anwendung der Konnexität bei neuen Aufgaben
- eine schnelle und unkomplizierte Altschuldenübernahme

Trotz der derzeit widrigen Umstände freue ich mich auf die kommenden Haushaltsberatungen.

Danach sollte es wieder möglich sein, den Haushalt nur noch anzuzeigen und nicht mehr genehmigen lassen zu müssen.

Ich bedanke mich herzlich für die hervorragende Arbeit meiner Kämmerei, angeführt von der neuen Amtsleiterin Frau Gärtner, bei allen Ämtern sowie Mitarbeitenden der Stadt und bei allen Beigeordneten Kolleginnen und Kollegen und dem Oberbürgermeister für die nicht einfachen, mitunter harten aber immer fairen Haushaltsverhandlungen und die gute Zusammenarbeit!

Zu guter Letzt danke ich auch dem Rat für die guten und richtigen Entscheidungen der letzten Jahre!

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass es auch in Zukunft so bleibt und wir nicht wieder in die Haushaltssicherung abrutschen!

Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der Umwelt und der Wirtschaft!

Glück auf.